BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Helge Limburg

Newsletter

Dezember 2023

THEMEN

Grußwort | Kein Atommüll in Würgassen | Reform des Namensrechts | Turbulenzen um den Haushalt - eine Einigung | Fachgespräch Kindeswohl | Termine im Wahlkreis | Kontakt |

Liebe Freund*innen!

Ein bewegtes Jahr geht zu Ende und die hoffentlich besinnliche Weihnachtszeit ist angebrochen. Dies ist dann auch der letzte Newsletter von mir in 2023!

Ich freue mich auf ein paar entspannte Tage im Kreis meiner Familie. Und werde dann im Januar 2024 wieder voller Energie weitermachen. Mit Engagement gegen soziale Spaltung, gegen Rechtsextremismus, für unsere demokratische Gesellschaft und für den Schutz von Natur und Umwelt.

Wir werden die Menschen in Israel und Palästina nicht vergessen und uns weiter für echten Frieden und Sicherheit für alle Menschen im Nahen Osten einsetzen. Wir werden die Menschen in der Ukraine weiter unterstützen. Wir haben im letzten Jahr Rückschläge erleben müssen aber auch wichtige Fortschritte erzielt. Wir geben nicht auf, wir streiten weiter für eine bessere Welt für alle Menschen. Euch allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2024!

„Die 33. Zivilkammer wies den Antrag zurück. […] Dem kurzen Satz „Früher war mehr Lametta“ fehlt nach Auffassung der 33. Zivilkammer bei der maßgeblichen isolierten Betrachtung die hinreichende Schöpfungshöhe für einen Schutz nach § 2 UrhG.“ Pressemitteilung 55/2019 OLG München

Helge Limburg

KEIN Atommülllager in Würgassen

Kein Atommüll in Würgassen - das ist eine gute Nachricht für die Region.

Nach den voreiligen Festlegungen der Vorgängerregierung ohne Beteiligung vor Ort hat sich unsere Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke ausgiebig ein eigenes Bild gemacht und geprüft, ob und welche Alternativen es gibt.

Staatssekretär Chris Kühn hat sich vor Ort dem Austausch gestellt. Wir Grüne in der Region hatten immer erhebliche Zweifel an der Eignung Würgassens für ein Logistiklager. Es ist gut, dass wir der Verantwortung für den von uns nie gewollten Atommüll nun gerecht werden können, ohne hierfür ein Logistikzentrum zu brauchen. Überzeugend war eben nicht St-Floriansprinzip, sondern das fachlich fundierte Engagement der Initiativen, der Kommunen, der Abgeordneten von vor Ort und der konstruktive Austausch mit dem Ministerium - und die dortige Bereitschaft zuzuhören und selbst verantwortungsvoll zu prüfen.

Danke an alle Engagierten aus NRW und Niedersachsen, aus der Region, danke Steffi Lemke für diese gute Entscheidung für die Region.

Ich freue mich sehr über diese großartigen Neuigkeiten für unsere Region, denn das Logistikzentrum und Atommülllager in Würgassen zu verhindern war mir ein persönliches Anliegen und ein urgrünes Thema.

Namensrecht

Das geltende Namensrecht ist veraltet und widersprüchlich. Deshalb ist ein Update und eine Anpassung an veränderte Lebensrealitäten überfällig. Dder eigene Name ist wichtiger Bestandteil der eigenen Identität und für viele Menschen eine sehr persönliche Angelegenheit. Um dem stärker Rechnung zu tragen, werden wir die Wahlmöglichkeiten zur Namensgestaltung erweitern. Nach dem Beschluss des Gesetzentwurfs durch das Bundeskabinett hat jetzt der Bundestag die Beratungen dazu aufgenommen.

Was ändert sich?

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Wahlmöglichkeiten für Ehepaare und für gemeinsame Kinder vervielfältigt. Wichtigste Neuerung: echte Doppelnamen, bei denen die Namen beider Partner*innen gleichberechtigt in einem Doppelnamen aufgehen. Dadurch wird die Geschlechtergerechtigkeit gefördert. Für Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt es künftig die Möglichkeit eines Doppelnamens aus den Familiennamen der Eltern.

Ebenso wichtig ist die Umsetzung der Anregungen von Verbänden der nationalen Minderheiten. Im Kabinettsentwurf sind spezifische Regelungen für Namen der sorbischen, friesischen und dänischen Minderheiten vorgesehen.

Auch für „Altfälle“ enthält der Gesetzentwurf großzügige Regelungen: So können sowohl bereits verheiratete Ehepaare einen gemeinsamen Doppelnamen bestimmen als auch Kinder einen aus den Namen beider Elternteile zusammengefügten Doppelnamen erhalten.

Die Liberalisierung des Namensrechts ist ein wichtiger Baustein des gesellschaftspolitischen Aufbruchs der Ampelkoalition. Deshalb ist es mir ein besonderes persönliches Anliegen, mich dafür einzusetzen und die Reform voranzutreiben und freue mich über diesen Gesetzentwurf sehr!

Hier findet ihr weitere Informationen darüber: https://www.gruene-bundestag.de/themen/rechtspolitik/mehr-wahlmoeglichkeiten-im-namensrecht.

Und hier geht’s zum Gesetzentwurf: https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009041.pdf

Turbulenzen im Haushalt - endlich eine Einigung

Die Einigung zum Haushalt 2024 war ein langer Weg, denn die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts war herausfordernd. Aber nun ist sie endlich da. Nach langem Ringen und Verhandeln haben wir uns auf einen soliden Bundeshaushalt 2024 einigen können für Stabilität und Planungssicherheit für die Menschen und Unternehmen in diesem Land.

Es ist extrem wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland, dass die zentralen Programme des Klima- und Transformationsfonds unverändert abgesichert werden konnten. Entscheidende Hilfen für den klimaneutralen Umbau der Industrie oder die Energie- und Wärmewende bleiben damit bestehen.

Und trotz dieser Herausforderung bleiben Sozialleistungen größtenteils unangetastet: die Höhe des Bürgergeldes und die finanzielle Absicherung der Kindergrundsicherung gehören hier dazu. Das war für uns Grüne sehr wichtig. Gerade in Zeiten hoher Inflation ist das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ungemein wichtig, nicht beim Sozialen zu sparen.

Auch in der Verkehrspolitik gab es Neuerungen: für die Eigenkapitalausstattung der Bahn konnte eine gute Lösung gefunden werden.

Umstrittene Subventionen mussten gestrichen werden, um den Abbau umweltschädlicher Subventionen voranzutreiben. Das ist gut für den Haushalt, fürs Klima, für Umwelt und Natur und sozial gerecht.

Wir konnten trotz der Herausforderungen einen guten Haushalt für das kommende Jahr aufstellen im Sinne der Einhaltung der Schuldenbremse und dem gerechten Handeln für künftige Generationen.

Dennoch werden andere Herausforderungen auf uns zu kommen, um die Innovation und Modernisierung des Landes voranzutreiben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und das Klima zu schützen. Wir werben daher weiterhin für eine Reform der Schuldenbremse.

Fachgespräch Kindeswohl und Gewaltschutz im Familiengericht

Kürzlich habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen Nina Stahr, Ulle Schauws und Maria Klein-Schmeink ein Fachgespräch zum Thema Kindeswohl und Gewaltschutz am Familiengericht veranstaltet.

Dabei ging es insbesondere darum, wie häusliche Gewalt im Sorge- und Umgangsrecht, aber auch im Familienverfahrensrecht besser berücksichtigt werden kann. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, hier auch immer den Schutz des betroffenen Elternteils mitzudenken.

Zentral ist, die kinderrechtliche Perspektive in familiengerichtlichen Verfahren zu stärken. Kinder müssen in jedem Fall gehört und vor allem auch ernst genommen werden. Dafür müssen auch die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz!

Auch der Gewaltschutz muss eine zentrale Rolle spielen: Partnerschaftsgewalt betrifft zumeist Frauen. Trotzdem wird sie in Gerichten nur getrennt vom Kindeswohl betrachtet.

Wir bedanken uns für den wichtigen Input vom Deutschen Institut für Menschenrechte, dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, dem Deutschen Juristinnenbund, dem Deutschen Anwaltverein, der Neuen Richtervereinigung, dem Deutschen Verein für private Fürsorge, der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser sowie von Rechtsanwältin Asha Hedayati.

Wir nehmen Ihre Anregungen für das uns sehr wichtige Thema gerne mit in alle anstehenden Gesetzgebungsverfahren zum Familienrecht.

Termine im Wahlkreis - Rückblick

Ende November nahm ich virtuell an einer Podiumsdiskussion zum Thema Femizide teil, die der KV Hameln-Pyrmont im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zur Frauenpolitik organisiert hatte. Anlass war der Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November.

Beinahe jeden Tag versucht ein Partner oder Ex-Partner eine Frau zu töten – jeden dritten Tag gelingt es! 133 Frauen waren es im vergangenen Jahr. Hinter dieser Zahl stehen aus dem Leben gerissene Frauen, zurückbleibende Angehörige und traumatisierte Kinder.

In der Diskussion mit der grünen Landtagsabgeordneten Britta Kellermann, der Rechtswissenschaftlerin Dr. Lena Gumnior sowie Vertreterinnen der Polizei und des Frauenhauses in Hameln brachten wir dem Publikum die unterschiedlichen Facetten und die unterschiedlichen Zugänge zu diesem Thema näher. Wir diskutierten über die Muster, die Femiziden zu Grunde liegen und über Möglichkeiten, wie Frauen besser geschützt werden können..

Am Schluss waren wir uns alle einig: Frauen, die Opfer von Gewalt werden, müssen gehört und ernstgenommen werden!
Gleichermaßen müssen Täter zur Rechenschaft gezogen werden!

Ich bedanke mich an alle Teilnehmenden und Organisator*innen für diesen wichtigen und produktiven Austausch!

Helge Limburg Newsletter

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227-75581

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an mein Team unter:
helge.limburg@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Hameln

Wendenstraße 10, 31785 Hameln

helge.limburg.wk02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Holzminden

Obere Straße 25, 37603 Holzminden

helge.limburg.wk@bundestag.de

Social Media

@Helge_Limburg

@Helge Limburg

@helgelimburg

@helgelimburg.bsky.social

www.helge-limburg.de

www.gruene-bundestag.de